

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVII 2–2011

Entwicklungsfinanzierung im Umbruch – Entwicklungsstaaten im Aufbruch?

Schwerpunktredaktion: Johannes Jäger, Karin Küblböck

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 JOHANNES JÄGER, KARIN KÜBLBÖCK
Entwicklungsfinanzierung im Umbruch – Entwicklungsstaaten
im Aufbruch?
- 28 C.P. CHANDRASEKHAR
Financial Liberalisation and Fragility in Developing Countries:
The Indian Experience
- 47 HANSJÖRG HERR
Das Finanzsystem als Rückgrat der chinesischen
Entwicklungsdynamik
- 67 DANIEL GÖRGL, KAREN IMHOF, JOHANNES JÄGER,
BERNHARD LEUBOLT
Transformation monetärer Restriktionen: Nationale Strategien
und regionale Kooperation in Lateinamerika
- 92 KARIN KÜBLBÖCK
Politische Ökonomie der Budgethilfe in Nicaragua
- 110 IVAN LESAY
The European Investment Bank's Concept of Development:
Economic Growth at any Cost
- 132 Rezension
- 134 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 137 Impressum

**DANIEL GÖRGL, KAREN IMHOF, JOHANNES JÄGER,
BERNHARD LEUBOLT**

**Transformation monetärer Restriktionen: Nationale Strategien
und regionale Kooperation in Lateinamerika¹**

1. Einleitung

Lateinamerika gilt wieder als Hoffnungsträger. Die bislang geringe Betroffenheit von der weltweiten Krise bzw. die rasche Wiederkehr des Wachstums überrascht insofern, als die spezifische Verbundenheit Lateinamerikas mit dem internationalen Finanzsystem seit den 1970er Jahren bislang dazu geführt hat, dass der Subkontinent regelmäßig von tiefen Krisen heimgesucht wurde. Die derzeit erkennbare hohe Stabilität kann somit einerseits auf die spezifische Struktur der aktuellen Krise zurückgeführt werden, die ihren unmittelbaren Auslöser im Norden hatte. Sie konnte aber auch dank des Höhenflugs vieler Rohstoffpreise rasch überwunden werden.

Überdies – so das zentrale Argument dieses Artikels – hängt dies sehr wesentlich mit der Ausgestaltung der monetären Restriktion zusammen. Dieser Begriff ist der Regulationstheorie entlehnt, die als theoretische Basis für diese Arbeit dient. Unter dem Titel „monetäre Restriktion“ wird dabei die institutionelle Ausgestaltung des Geldes gefasst. Der Begriff der monetären Restriktion umfasst sowohl das Geld und seine Bereitstellung durch Notenbank und Banken- und Kreditsystem sowie die Regulierung der Verknüpfung von Außen- und Innenwert der Währung zum Beispiel über Wechselkurspolitik und Devisenverkehrskontrolle. Ein regulationstheoretischer Zugang ermöglicht es über strukturalistisch orientierte politökonomische Zugänge (vgl. Soederberg 2009) hinauszugehen, und trotz globaler asymmetrischer Beziehungen im Dollar-Wall-Street- Regime wesentliche Unterschiede peripherer Kapitalismen und Entwicklungsstrategien heraus-

zuarbeiten. Als Dollar-Wall-Street-Regime bezeichnet Gowan (1999) die nach dem Fall des Goldstandards etablierte und bis in die heutige Zeit andauernde globale monetäre Ordnung. Dieses charakterisiert sich durch die Festschreibung offener Kapitalmärkte und die weltweite Dominanz des US-Dollars als Reservewährung. Es funktionierte sowohl als wirtschaftliches Regime, indem es Mechanismen etablierte, um Märkte, vor allem in peripheren Ländern, für ausländisches Kapital zugänglich zu machen als auch als politisches Instrument, indem es über Institutionen wie IMF (International Monetary Fund) und die Weltbank Druck auf Staaten ausübte, eine neoliberal ausgerichtete Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen (ebd.). Der hier gewählte regulationstheoretische Zugang erlaubt, die Wechselwirkungen zwischen diesen skizzierten internationalen Entwicklungen und national verfolgten Entwicklungsweisen bzw. Akkumulationsregimen zu untersuchen. Diese basieren in regulationstheoretischer Perspektive auf der unterschiedlichen Ausgestaltung von für Akkumulationsprozesse zentralen institutionellen bzw. strukturellen Formen, zu denen neben der monetären Restriktion auch das Lohnverhältnis, das Konkurrenzverhältnis sowie die ökologische Restriktion zählen (vgl. Becker et al. 2010).

Im Kern geht dieser Artikel der Frage nach, ob und wie sich in ausgewählten Ländern in Lateinamerika die monetäre Restriktion verändert hat und was dies für die jeweiligen Entwicklungsmodelle bedeutet. Der Fokus liegt dabei jedoch nicht bloß auf der nationalen Ebene, da besonders auf Strategien regionaler Kooperation und ihre monetäre Dimension fokussiert wird. Vor dem Hintergrund zahlreicher Finanzkrisen in Lateinamerika und der Tatsache, dass der Subkontinent die große Krise relativ glimpflich überstanden hat, stellt sich diese Frage mit besonderer Aktualität. Die Ausgestaltung der monetären Regulation wird als zentral dafür erachtet, ob ein finanzialisiertes bzw. krisenhaftes oder ein stärker produktiv orientiertes Akkumulationsregime zur Durchsetzung kommt. Die Veränderung der monetären Restriktion wird dabei als Ergebnis politökonomischer Prozesse verstanden.

Konkrete Beispiele bieten die beiden kontrastierenden Fälle Brasilien und Venezuela. Dabei bildet die Bedeutung der regionalen Interaktion und Kooperation einen wichtigen Bezugspunkt, um der Frage nachzugehen, inwieweit monetäre Strategien neue Formen von stärker binnen- bzw. auto-

zentrierten oder zumindest stabileren und integrative Entwicklungsmuster begünstigen und wo deren Grenzen liegen. Während Brasilien sowohl im MERCOSUR als auch in Südamerika eine dominante Stellung einnimmt, ergreift Venezuela im Rahmen des Integrationsprojektes ALBA-TCP die Initiative und überrascht dabei mit Vorstößen in Richtung alternativer regionaler Entwicklungsbank (Banco del ALBA) sowie der Einführung einer vom US-Dollar unabhängigen Verrechnungswährung (SUCRE).

2. Nationale monetäre Strategien und ihre regionalen Dimensionen

Wenn wir auch zwei Länder als Ausgangspunkt für die Analyse verwenden, so sind doch die Entwicklungen in Lateinamerika eng verknüpft. Wichtig für deren Verständnis in den 2000er Jahren ist der offene Widerstand gegenüber dem Post-Washington-Konsens, der sich in der Ablehnung der von den USA geplanten Amerikanischen Freihandelszone sowie der Umsetzung heterodoxer Finanzpolitiken auf nationaler und regionaler Ebene deutlich wahrnehmbar niedergeschlagen hat. Zwar unterscheidet sich der Post-Washington-Konsens rethorisch von seinem Vorgängermodell, dem Washington-Konsens dadurch, dass er dem Staat eine stärkere Rolle im Entwicklungsprozess zugesteht und neben reinen Wachstums- und Effizienzkriterien auch die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit als Entwicklungsziele anerkennt (vgl. Fine et al. 2001). Seine theoretische Basis hat er aber weiterhin im wirtschaftlichen Liberalismus, wobei Machtungleichgewichte innerhalb und zwischen Staaten ausgeblendet werden. In diesem Sinn kann die Ablehnung der Freihandelszone und die Umsetzung heterodoxer Maßnahmen als Ausdruck eines Verfalls der US-Hegemonie in Lateinamerika gewertet werden, die auch durch gescheiterte diplomatische Strategien und zunehmende militärische Interventionsversuche (Unterstützung diverser Destabilisierungs- und Putschversuche, Ausbau von Militärbasen in Kolumbien) charakterisiert ist (vgl. Petras/Veltmeyer 2010).

Während der MERCOSUR als neoliberal orientiertes Integrationsprojekt zwischen den Gründungsstaaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay entstanden ist, und erst neuerdings Tendenzen einer Neuausrich-

tung zu beobachten sind, folgen Initiativen wie ALBA-TCP von Anfang an einer anderen Logik. Darin spiegeln sich auch die unterschiedlichen nationalen Konfigurationen und Strategien wider. Nicht zuletzt deutet aber auch das Beitrittsansuchen Venezuelas zum MERCOSUR, die parallele Gründung des UNASUR als gesamt-südamerikanisches Integrationsprojekt sowie die jüngste Absichtserklärung aller lateinamerikanischen und karibischen Staaten eine von Mexiko bis Feuerland umfassende Integrationsvereinigung (CELAC) zu gründen, auf generelle Prozesse einer politischen Neuorientierung am Subkontinent hin. Besonders CELAC – so diese 2011/2012 als Nachfolgevereinigung der Rio-Gruppe realisiert werden sollte – könnte als umfassendster Schritt in einer Reihe von ausschließlich lateinamerikanisch-karibischen Gegenprojekten zur US-dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gedeutet werden (El País 2010a). Aktuell stellt sich daher die Frage nach der konkreten Ausrichtung aktueller Initiativen regionaler Kooperation sowie nach Veränderungen innerhalb der tragenden Staaten: Ist ein Abweichen vom Washington-Konsens zu beobachten? Wenn ja, handelt es sich dabei um eher orthodoxe Strategien eines Post-Washington-Konsenses („Neoliberalismus mit menschlichem Gesicht“), oder können heterodoxe post-neoliberale oder gar postkapitalistische Wege ausgemacht werden?

2.1 Brasilien und der MERCOSUR

Brasilien hat in Südamerika eine Sonderrolle inne. Das größte Land des Subkontinents nimmt ca. 48 Prozent der Landmasse ein und beherbergt ca. 50 Prozent der Bevölkerung. Diese dominante Stellung spiegelt sich auch wirtschaftlich wider: Mit einem Bruttoinlandseinkommen von 1.998,1 Mrd. USD (PPP) nimmt Brasilien ca. 50 Prozent des Bruttoregionaleinkommens Südamerikas ein. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Region basiert die wirtschaftliche Leistung weniger stark auf Rohstoffexporten. Industriell gefertigte Produkte haben einen Anteil von 27,2 Prozent des BIP. Außerdem ist Brasilien mit einer Importquote von 13,3 Prozent und einer Exportquote von 12,8 Prozent weitaus weniger außenabhängig als die meisten anderen südamerikanischen Staaten (World Bank 2010, eigene Berechnungen). Diese Eckdaten weisen auf die Bedeutung Brasiliens als regionale Führungsmacht hin. Aktuelle Diskussionen um die zunehmende globale Bedeutung der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland,

Indien, China; vgl. etwa Schmalz 2006) bestätigen diese Rolle, die in den letzten Jahren gefestigt und ausgebaut werden konnte.

Brasiliens Aufstieg in der Weltwirtschaft ging mit politischen Umorientierungen seit dem Amtsantritt des Präsidenten Lula im Jahr 2003 einher (Schmalz 2008). In der Außenpolitik fand eine Neuorientierung statt. Wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den USA und den EU-Staaten verloren gegenüber Beziehungen zu anderen (semi-)peripheren Staaten (vor allem China, Indien, Südafrika) und insbesondere den übrigen lateinamerikanischen Staaten an Bedeutung. Gleichzeitig führten die „Süd-Süd-Kooperationen“ in der Situation nach der großen Krise zur Aufwertung der G20 und im Zuge dessen auch zu einem weiteren internationalen Bedeutungsgewinn Brasiliens (Boris/Schmalz 2009). Ökonomisch lässt sich die außenpolitische Neuorientierung anhand des sinkenden Anteils des Außenhandels mit den USA und den EU-Staaten diagnostizieren. Die Importe aus den USA gingen von 22,1 Prozent der Gesamtimporte 2002 auf 16,22 Prozent im Jahr 2009 zurück, aus Europa von 28,6 Prozent 2002 auf 22,8 Prozent im Jahr 2009. Exporte in die USA sanken gar von 25,7 Prozent 2002 auf 10,3 Prozent 2009, zur EU fiel der Einbruch von 25,8 Prozent 2002 auf 22,4 Prozent weitaus moderater aus. Die Importe aus Asien stiegen hingegen von 16,9 Prozent 2002 auf 28,2 Prozent 2009, während die Exporte von 14,6 Prozent 2002 auf 26,5 Prozent 2009 gesteigert werden konnten. Die Exporte in die übrigen MERCOSUR-Staaten stiegen von 5,5 Prozent 2002 auf 9,5 Prozent 2009 (eigene Berechnungen nach BCB 2008, 2009: jeweils Tab. V.5). Die Leistungsbilanz Brasiliens (vgl. CEPAL 2010b: Tab. 2.2.3.2) erfasst die internationalen Güterströme, die durch Kapitalzuflüsse oder -abflüsse ausgeglichen werden müssen. Zwischen 1994 und 2002 verzeichnete Brasilien Defizite bis über vier Prozent des BIP in der Leistungsbilanz, die dann zwischen 2003 und 2007 zu Überschüssen wurden. Im Jahr 2008 war die Leistungsbilanz aber wieder negativ.

Die durch den steigenden negativen Saldo der Leistungsbilanz ausgedrückten außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten ab 1994 können vordergründig als Folge der monetären Strategien des *Plano Real* gedeutet werden. Als Programm der Währungsstabilisierung zielte der *Plano Real* in erster Linie auf die Bekämpfung der Hyperinflation ab. Dieses Ziel wurde damit erstmals seit den 1970er Jahren erreicht, jedoch um den Preis sinkender internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Der so genannte „Währungsanker“

koppelte den brasilianischen Real überbewertet an den US-Dollar. Die Überbewertung führte zu außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten, da von nun an billig importiert werden konnte, während die Wettbewerbsfähigkeit exportierter Produkte unter den erhöhten Preisen im Ausland litt. Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte mussten durch Kapitalimporte ausgeglichen werden (Becker/Jäger 2005). Monetäre Regulation folgte daher dem Ziel, im Rahmen einer Strategie von „passiver Finanzialisierung“ internationales Kapital ins Land zu bringen (Becker et al. 2010): Im Rahmen der Strategie der Hochzinspolitik wurde Kapital in erster Linie durch hohe Zinssätze angezogen. Durch die hohe Verzinsung von Staatsanleihen führte dies zu einer Neuorientierung der Fiskalpolitik zugunsten von Rentiers. Gleichzeitig erschwerten die hohen Zinssätze Neuinvestitionen seitens des nationalen Industriekapitals. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie das Anwachsen des informellen Sektors gehörten zu den dramatischsten Auswirkungen dieser Entwicklung, die darauf hinauslief, dass in erster Linie Fraktionen des Finanzkapitals in das Projekt der Finanzialisierung eingebunden wurden, während die Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen blieb.

Die große Bedeutung ausländischen Finanzkapitals machte die brasilianische Ökonomie besonders anfällig für internationale Finanzkrisen. Die Südostasienkrise der 1990er Jahre wirkte sich daher 1998/1999 besonders dramatisch auf Brasilien aus. In Reaktion auf die Krise wurde der brasilianische Real um die Hälfte abgewertet. Aufgrund der Ausgabe spezieller Staatsanleihen kam in erster Linie der Staat für die in diesem Zusammenhang entstehenden finanziellen Verluste auf (Fritz 2002). Trotz der Abwertung kam die brasilianische Wirtschaft auch anschließend kaum auf Touren. Die Informalisierung von Arbeitsverhältnissen in Verbindung mit hoher Arbeitslosigkeit führten zu einem Einbruch des Binnenmarktes, während der Wechselkurs trotz der Abwertung nach wie vor als überbewertet interpretiert wurde und daher weiterhin Exportprobleme auftraten (Leubolt 2007).

Die Abwertung des Real führte auch innerhalb des MERCOSUR zu Schwierigkeiten, da Argentinien bis 2002 die Peso-Bindung an den US-Dollar beibehielt und somit gegenüber Brasilien Wettbewerbsfähigkeit einbüßte. Die beiden krisengeschüttelten Länder begannen sich teilweise mittels protektionistischer Maßnahmen gegenseitig abzuschotten.

Der MERCOSUR befand sich in einer Krise. Diese Situation verbesserte sich erst mit der Abwertung des argentinischen Peso im Zuge der Krise 2002 und mit der wirtschaftlichen Unterstützung Brasiliens während dieser Zeit. Zusätzlich wurde das Projekt ab 2003 politisch gestärkt, da die neu gewählten Präsidenten der beiden ökonomisch bedeutendsten Länder des Handelsblocks den MERCOSUR im Rahmen ihrer Strategien des Ausbaus der südamerikanischen regionalen Integration als zentral betrachteten. Deutliches Indiz dafür ist die Schaffung eines regionalen Ausgleichsfonds (FOCEM) im Jahr 2003, der Programme zur Förderung der wirtschaftlichen Angleichung der Mitgliedsstaaten des MERCOSUR finanziert. Die entsprechenden Mittel kamen bis 2009 zu 75 Prozent Paraguay, der schwächsten Ökonomie des Blocks, zugute (Souza et al. 2010). Diese ersten Anzeichen für Kooperation, die über liberale Freihandelslogik hinausgeht, werden von staatlichen Investitionen in Verkehrsinfrastruktur begleitet. Dadurch werden die Rahmenbedingungen für die regionale Integration entscheidend verbessert. Ansätze monetärer Integration stecken hingegen noch in den Kinderschuhen. Die bedeutsamsten Instrumente sind die Entwicklungsbank der Corporación Andina de Fomento (CAF) sowie der FONPLATA, die beide schon seit den 1970ern existieren, jedoch im Vergleich zur Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank über relativ geringe Mittel verfügen. Neuere Initiativen wie der FOCEM des MERCOSUR oder das lokale Zahlungssystem zwischen Brasilien und Argentinien weisen auf eine Intensivierung monetärer regionaler Integration hin, sind aber noch zu kurz effektiv, um bewertet werden zu können (Deos/Wegner 2011).

Das selbstbewusste und dennoch bescheidene Auftreten Brasiliens auf der internationalen Bühne (Faria 2006) wird von einer innenpolitischen Neuorientierung begleitet. Während mit der Hochzinspolitik in Verbindung mit einem weiterhin überbewerteten Real die Politik Cardosos beibehalten wird, zielen andere Maßnahmen auf die Schaffung eines Binnenmarktes ab. Durch erfolgreiche Armutsbekämpfung und Industriepolitik kommt es zur Vergrößerung der Mittelschicht und in weiterer Folge zur Ausweitung des Binnenkonsums. Gekoppelt an diese Maßnahmen stärkte die Rückzahlung der Auslandsschulden die nationale Souveränität. Das 2007 initiierte Programm für wirtschaftliches Wachstum (PAC) setzt auf den Aufbau von Transport- und sozialer Infrastruktur. Der Staat tritt als

aktiver Akteur auf den Plan. Daher wird die „Rückkehr des Entwicklungsstaates in Brasilien“ (Novy 2008) diagnostiziert. Davon ist auch das Bankwesen Brasiliens betroffen. Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten wurden die größten Staatsbanken während der 1990er Jahre nicht privatisiert und spielen nun tragende Rollen in der Wirtschaftspolitik. Insbesondere über eine Neuorientierung der staatlichen Entwicklungsbank BNDES zugunsten der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben kommen letztere in den Genuss von staatlich geförderten Krediten. Die hohen Zinssätze wirken sich daher nicht auf alle Akteure gleichermaßen aus (Hermann 2010). Die BNDES stellt auch geförderte Kredite für brasilianische Investitionen in Südamerika bereit und fördert somit die regionale Integration (Deos/Wegner 2011: 74).

Die gewissermaßen „treffsichere Hochzinspolitik“ begünstigte ab 2003 den wirtschaftlichen Aufschwung mit relativ hohen Wachstumsraten des BIP zwischen 2004 und 2008. Trotz hoher Zinssätze konnten Klein- und Mittelbetriebe investieren und somit ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern, was in weiterer Folge zur Stärkung des Binnenmarktes beitrug. Durch die Kontinuität in Bezug auf den Leitzinssatz wurde in Brasilien bislang – im Unterschied zu Venezuela – das erneute Eintreten hoher Inflationsraten verhindert. Die durch soziale Maßnahmen der Regierung gestärkte Konsumbasis wirkte zusätzlich als eine Art „Schutzschild“ gegen negative Auswirkungen der globalen Finanzkrise 2007/2008. Das BIP wuchs 2008 noch um 5,2 Prozent, brach aber 2009 mit einer negativen Wachstumsrate von -0,2 Prozent dennoch zum ersten Mal seit der Krise 1998/1999 ein (vgl. Becker et al. 2010), um jedoch 2010 wieder relativ hohe Wachstumsraten aufzuweisen.

In der Zwischenzeit hat Brasilien also wie auch der Rest Lateinamerikas die weltweite Rezession erfolgreich abgeschüttelt. Die rasche Erholung wird zumindest teilweise dem Boom der Rohstoffexporte zugeschrieben. Damit stellt sich die Frage, inwiefern ein Fokus auf Rohstoffexporte langfristig förderlich für die Außenwirtschaft Brasiliens sein kann. Denn der so hervorgerufene Zufluss an Auslandskapital erhöht den Aufwertungsdruck auf den Real und belastet so die einheimische Exportwirtschaft. Um den Druck auf die Währung abzuschwächen, hat die brasilianische Regierung erstmals auch zu unorthodoxen geldpolitischen Maßnahmen gegriffen: 2010 wurde eine Zwei-Prozent-Steuer auf Anleihenkäufe durch ausländische Geldgebe-

rInnen eingeführt, die in weiterer Folge auf sechs Prozent erhöht wurde (The Economist, 13.1.2011). Eine solche Maßnahme könnte in Zukunft zur Eindämmung der Kapitalzuflüsse führen und dadurch zur Reduktion des Auslandsungleichgewichts beitragen.

Die Auswirkungen dieser politischen Veränderungen auf die Führungsrolle Brasiliens in Südamerika sind kaum abschätzbar. Aktuell könnte Brasilien in Anbetracht seiner dominanten Stellung am Subkontinent und der parallelen Abhängigkeit von etablierten (USA, EU) und sich etablierenden Zentren (China) des Weltsystems in Anlehnung an Marini (1972) als „subimperialistische“ Macht bezeichnet werden. Im Unterschied zu früheren Zeiten haben die Beziehungen zu den traditionellen imperialistischen Zentren jedoch geringere Bedeutung, während der regionalen Integration ein weitaus größerer Stellenwert zugestanden wird.

Insgesamt lässt sich für Brasilien bis zur Krise Ende der 1990er Jahre eine als finanzialisiert zu bezeichnende Entwicklungsweise ausmachen. Seither ist eine stärkere Binnenorientierung festzustellen, die auf produktive Entwicklung abstellt. Diese Veränderung der dominanten Ausrichtung des Akkumulationsregimes wurde auch durch nennenswerte Veränderungen in der monetären Restriktion gestützt. Hier ist ein vorsichtiges Abgehen von orthodoxen Zugängen festzustellen. Dazu zählt auch die jüngste Einführung der Steuer auf Kapitalzuflüsse. Dennoch ist festzuhalten, dass fiktiven Akkumulationsstrategien nach wie vor ein breiter Raum gelassen wird, auch wenn ihre relative Bedeutung sinkt. Brasiliens treibende Rolle im Rahmen des regionalen Integrationsprojektes stellt sich als wichtiger Eckpfeiler zur Stützung produktiver Akkumulationsstrategien dar. Einseitige Abwertungen als Ausdruck fehlender monetärer Kooperation haben zu nicht unerheblichen Spannungen im MERCOSUR geführt. Monetäre Aspekte der regionalen Kooperation befinden sich jedoch erst in den Kinderschuhen und spielen bislang keine bedeutende Rolle für die Stützung der Entwicklungsmodelle.

2.2 Venezuela und ALBA-TCP

Die Ökonomie Venezuelas wird wesentlich vom Erdöl bestimmt. Dies hat auch für die Regulation von Geld eine zentrale Bedeutung. Der Verfall der Rohölpreise in den 1980er und 1990er Jahren ging in Venezuela mit einer langen und tiefen Krise einher. Eine der ersten außenpoli-

tischen Maßnahmen von Chávez zielte darauf ab, im Rahmen der OPEC ein genaueres Einhalten der Quoten durchzusetzen, um so den Erölpreis zu erhöhen und zu stabilisieren. Die Preise haben sich im Vergleich zu den Krisendekaden mittlerweile deutlich erhöht. Die Erdölabhängigkeit des venezolanischen Entwicklungsmodells hat sich allerdings auch mit Hugo Chávez nicht deutlich reduziert. Der Anteil von Nicht-Erdölgütern am Export ist von 6,3 Prozent des BIP 2003 auf 1,7 Prozent 2008 sogar deutlich gesunken (Weisbrot et al. 2009: 18). Dennoch war das reale Wachstum des Erdölsektors im Vergleich zum Rest der Ökonomie zwischen 2004 und 2009 deutlich niedriger, worin sich die relative Stärkung der Binnenökonomie zeigt.

Obwohl kein neues Akkumulationsregime ausgemacht werden kann, veränderte sich die Struktur der venezolanischen Ökonomie. Im Zuge einer aktiven Entwicklungsstrategie trug eine Reihe von sektoralen und organisatorischen Maßnahmen dazu bei, dass das Konkurrenzverhältnis zum Beispiel durch die Unterstützung von Kooperativen und durch Nationalisierung und Gründung von gemischten Unternehmen mit staatlicher Mehrheit drastisch verändert wurde (vgl. Wilpert 2007). Die Ölrente wurde zu produktiven Investitionen und für den Ausbau der Sozialpolitik eingesetzt. Diese Entwicklungsstrategie brachte produktive Prozesse in Gang, was sich in einem deutlichen Anstieg der Investitionen sowie einer Verdoppelung der realen Produktion in einigen Sektoren innerhalb der letzten zehn Jahre widerspiegelt (vgl. Banco Central de Venezuela 2011). Die Modernisierung der Produktion basierte wesentlich auf dem Import von Maschinen, und die Produktionsausweitungen waren mehrheitlich auf den Binnenmarkt orientiert. Als dynamischster Sektor der Binnenökonomie stellte sich allerdings der Finanz- und Versicherungsbereich heraus. Dieser wuchs in den ersten zehn Jahren der Chávez-Regierung um durchschnittlich 26,1 Prozent jährlich, was auf Finanzialisierungstendenzen hindeutet. Am zweitstärksten wuchs der Bausektor mit 18,9 Prozent, während „Handwerk und Industrie“ real jährlich um 13,2 Prozent expandierten (Weisbrot et al. 2009: 7, 18). Gleichzeitig erhöhte sich die Beschäftigung deutlich. Nach dem Einbruch im Zuge des Unternehmer- und Erdölstreiks 2002/2003 stieg diese zwischen 2004 und 2009 um 24,4 Prozent. Insbesondere der formelle Sektor, und hier wiederum der öffentliche Sektor, gewannen deutlich an Beschäftigten (Instituto Nacional de

Estadísticas de Venezuela 2011). Da keine Untersuchungen zur Arbeitsproduktivität in einzelnen Sektoren vorliegen, kann nur auf Ebene des Verhältnisses der Beschäftigten zum Output auf die Entwicklung der Produktivität geschlossen werden. Nachdem von 2004 bis 2009 das reale BIP um 32,8 Prozent stieg, wobei sich das BIP ohne Erdölsektor sogar um 40,4 Prozent erhöhte (Banco Central de Venezuela 2011), kann eher von extensivem denn von intensivem Wachstum ausgegangen werden.

Während der Krise stieg die Arbeitslosigkeit vergleichsweise gering. Allerdings kam es gleichzeitig zu einem deutlichen Rückgang der Mindestlöhne sowie der medianen Reallöhne. Diese waren auch während der Boomphase nur sehr schwach gestiegen und lagen 2009 noch deutlich unter dem Niveau von 2000 (CEPAL 2009a: 174). Dies kontrastierte mit der Entwicklung der Lohnquote, die im Zuge hoher nominaler Mindestlohnsteigerungen sowie nominaler Lohnerhöhungen im formellen Sektor deutliche Steigerungen aufwies. Die Veränderung spiegelte sich auch in einer erheblichen Verringerung des Gini-Koeffizienten von 0,49 auf 0,39 in den letzten zehn Jahren wider (Banco Central de Venezuela 2011), womit Venezuela die am wenigsten ungleiche Verteilung in Lateinamerika aufweist (vgl. CEPAL 2009b: 12). Vor diesem Hintergrund verwundert es, dass sich der Haushaltskonsum zwischen 2004 und 2009 real um 64 Prozent und damit deutlich über das Wirtschaftswachstum erhöht hat. Verglichen mit dem Jahr 2000 fiel diese Steigerung mit 79 Prozent sogar noch deutlicher aus (Banco Central de Venezuela 2011). Die widersprüchliche Entwicklung von Konsumsteigerung bei gleichzeitig stagnierenden medianen Reallöhnen, geringer Zunahme der Beschäftigten sowie deutlich gesteigerter Investitionsquote könnten sich einerseits durch Kreditfinanzierung erklären lassen. Andererseits könnten auch die deutlich geringeren Preise für viele Produkte durch staatliche Distribution bei der Berechnung der Inflationsrate nicht berücksichtigt worden sein.

Die deutliche Umverteilung der Erdölrente hin zu niedrigeren Einkommensschichten sowie die versuchte Neuausrichtung der produktiven Struktur des Landes – bei der auch Verstaatlichungen eine zentrale Rolle spielten – stand in einem engen Zusammenhang mit der Transformation der monetären Restriktion, welche sich im Zuge der bolivarianischen Revolution als besonders konflikträchtiger Schlüsselbereich herausstellte. Zwei Aspekte waren für die monetäre Restriktion besonders prägend. Erstens

die Kapitalflucht, ein seit Jahrzehnten immer wiederkehrendes Problem in Venezuela (vgl. Melcher 1995). Zweitens die relativ hohe Inflation, die als Ausdruck offener Verteilungskämpfe bewertet werden kann. Die Inflation stieg in der Krise 2003 auf ca. 35 Prozent, reduzierte sich 2006 auf ca. 12 Prozent und erhöhte sich bis 2008 wieder auf rund 35 Prozent (vgl. Weisbrot et al. 2009: 19). Trotz dieser Merkmale erwies sich der venezolanische Finanzsektor insgesamt als weitgehend stabil. Die letzte Bankenkrise liegt mit 1994 schon relativ weit zurück.

Einen wichtigen Eckpunkt der monetären Restriktion stellte die Festlegung des Wechselkurses dar. Aufgrund der globalen monetären Asymmetrie unterscheidet sich die Möglichkeit der Geldpolitik zwischen OPEC-Ländern und jener Ländern, die eine internationale Reservewährung ausgeben (zum Beispiel US-Dollar), entscheidend. Während erstere Reserven in ausländischer Währung anhäufen, stellen für zweitere die in nationaler Währung und auf den nationalen Raum bezogenen Geldpolitik den zentralen Bezugspunkt dar (vgl. Garcia Banchs 2010: 64). Beginnend im Februar 2003 wurde versucht, die Kapitalflucht durch die Einführung der fixen Dollar-Bindung in Kombination mit Kapitalverkehrskontrollen in den Griff zu bekommen. Bereits 2005 wurde aufgrund des Inflationsdifferentials um ca. 30 Prozent abgewertet (Palacios 2009; Weisbrot et al. 2009: 20f). Die effektive Verhinderung von Kapitalflucht gelang jedoch nur bedingt. Dennoch wurden offizielle Reserven – wenn auch in geringerem Maß als geplant – aufgebaut, und Auslandsschulden, insbesondere beim IMF, abgebaut. Angesichts des Erdölbooms 2006 und 2007 wurde Institutionen wie der monetäre Stabilisierungsfonds FEM, die zum Aufbau von Überschussreserven geschaffen worden waren, kaum dotiert, während dem nationalen Entwicklungsfonds FONDEN substanzielle Mittel zugeführt wurden (vgl. Banco Central de Venezuela 2011). 2006 wurden rund 10 Mrd. US-Dollar über den Fonds ausgegeben, und auch in der ersten Hälfte von 2010 wurden diesem Fonds noch Mittel in der Höhe von ca. 5 Mrd. US-Dollar zugeführt (vgl. FONDEN 2007; Mander 2010).

Die internen Verteilungskämpfe in Venezuela waren eng mit der spezifischen Ausformung der monetären Restriktion verknüpft und von folgendem Muster geprägt: Einer Erhöhung der Mindestlöhne folgte eine expansive Geldpolitik, die die Realloohnerhöhungen zum Teil auffraß bzw. in der Krise zu einer Reduktion der Reallöhne führte (vgl. Weisbrot et

al. 2009; CEPAL 2009a: 174). Die daraus resultierende Aufwertung der Währung stellte sich dabei als funktional heraus, um über den Umweg verbilligter Importe zumindest kurzfristig den Verteilungskampf zu entschärfen. In den letzten Jahren wurden überdies einige Banken verstaatlicht bzw. neue Banken wie die Bank für Frauen, Banmujer, geschaffen, um sektorspezifische Kreditvergaben oder auch Mikrokredite zu forcieren. Das Ziel der gesteuerten Kreditvergabe wurde auch dadurch zu erreichen versucht, dass den Banken vorgeschrieben wurde, wie viele Kredite an welche (produktiven) Sektoren zu vergeben waren. Insgesamt waren die letzten Jahre von deutlich negativen Realzinsen geprägt (vgl. Weisbrot/Sandoval 2007), die als Konsequenz aus der Verknüpfung der spezifischen Ausformung des Geld- und Lohnverhältnisses betrachtet werden können. Die Modifikation der Kreditvergabe war ein wichtiges Vehikel für Investitionen, führte jedoch auch zu inflationären Tendenzen. In Anbetracht des fixen Wechselkurses und der nominal hohen Zinssätze war ein deutlicher Anreiz gegeben, um – zumindest bis zu einer drohenden Abwertung – Geld in lokaler Währung zu halten, und es erst zu einem späteren Zeitpunkt in US-Dollar zu wechseln und damit aus der Währung zu fliehen. Dieses hoch lukrative aber auch spekulative Angebot konnte jedoch hohe Nettokapitalausflüsse nicht reduzieren (vgl. CEPAL 2009a: 166, 2010a: 158).

War es schon während des Erdölbooms nicht gelungen, auch nur in Ansätzen eine Neuausrichtung des Akkumulationsregimes vorzunehmen, so spitzte sich mit der Krise der Kampf um die Ausgestaltung der monetären Restriktion zu. Der fixe Wechselkurs hatte aufgrund der steigenden Inflation in Venezuela zu einer sehr markanten realen Aufwertung geführt (vgl. CEPAL 2010a: 158; Weisbrot et al. 2009: 21). Angesichts der Krise wurde eine Abwertung immer wahrscheinlicher, was sich auch gegen Ende des Jahres 2009 in zunehmender Kapitalflucht zeigte. Im Jänner 2010 wurde ein erster markanter Abwertungsschritt gesetzt. Dies ging mit einem starken Anstieg in der Kategorie „Fehler und undeklarierte Flüsse“ einher (vgl. Banco Central de Venezuela 2011). Der Wechselkurs lag nämlich nach wie vor deutlich über der parallelen Rate, und weitere Abwertungen sowie eine Verschärfung der Devisenkontrolle wurden befürchtet, da parallel zu der Abwertung auch ein gespaltener Wechselkurs eingeführt worden war. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass bestimmte Güter wie Nahrungsmittel und Ausrüstungsgüter zu einem nur leicht abgewerteten Kurs aus

dem Ausland bezogen werden konnten. Damit wurde jedoch der Import von anderen Gütern, wie etwa Luxuswaren, spürbar teurer. Der Aufschrei der Importbourgeoise sowie der Ober- und Mittelschichten war angesichts der fehlenden oder teuren Dollars vorprogrammiert. Durch diese „Flucht nach vorne“ kam es zu einer Zuspitzung der Konflikte und einer Auseinandersetzung um den Zugang zu Devisen zum begünstigten Wechselkurs, die in zahlreichen Änderungen der Zugangsbestimmungen durch die Zentralbank ihren Niederschlag fanden (vgl. Banco Central de Venezuela 2011). Vor dem Hintergrund der nach wie vor hohen Kapitalflucht war Mitte 2010 die Devisenverwaltung weiter zentralisiert worden. Nur Banken, nicht aber Wechselstuben, durften mit Devisen handeln. Dies verschärfte die Devisenknappheit, was zu Versorgungsengpässen führte. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit von Umgehungsgeschäften im Zuge des Erwerbs ausländischer Wertpapiere bzw. Staatsanleihen in US-Dollar und deren Terminverkauf eingedämmt. Diese hatten bis dahin ein legales und sehr lukratives Schlupfloch für Kapitalflucht dargestellt (vgl. Toussaint 2010). Durch diese Maßnahmen sollte in Summe eine rigide Kontrolle des Kapitalverkehrs etabliert werden. Schlussendlich wurde per Anfang Jänner 2011 der begünstigte Wechselkurs jedoch abgewertet und damit die Wechselkurspaltung aufgegeben.

Es ist fraglich, ob die rigiden Veränderungen in der Regulierung des Geldes und das teilweise Vor und Zurück in der Wechselkurspolitik die Kapitalflucht als spezifische Form der Finanzialisierung verhindern und im Inland zu einer Dynamisierung der produktiven Entwicklung führen. Die Abwertung kann die nationale Produktion konkurrenzfähig werden lassen, wenn deren reale Effekte nicht aufgrund der hohen (aber mittlerweile sinkenden) Inflation zunichte gemacht werden. Auch könnten die rigiden Kapitalverkehrskontrollen zu einer nachhaltigen Reduktion der Kapitalflucht führen. Damit könnten die vorhandenen Mittel für die Finanzierung von produktiven Entwicklungsprozessen deutlich erhöht und eine Reduktion der Rohstoffabhängigkeit erzielt werden. Allerdings bleibt die Frage offen, ob diese zusätzlichen Mittel für produktive Investitionen verwendet werden, oder zu Blasen auf Finanz- und/oder Immobilienmärkten führen und damit Finanzialisierungsprozesse im Inland nach sich ziehen werden. Offen ist auch, wie sichergestellt werden kann, dass produktive Investiti-

onen zu Produktivitätssteigerungen führen, die die Basis für eine nachhaltige Erhöhung des Lebensstandards darstellen.

Darüber hinaus wurde schon seit längerer Zeit versucht, auch internationale monetäre Absicherungsstrategien zu etablieren. Dazu gehören sowohl die venezolanisch-argentinische Initiative der Banco del Sur, die als südamerikanische Entwicklungsbank zwischenstaatliche Projekte innerhalb des UNASUR finanzieren soll, als auch die im Rahmen der regionalen Kooperationsvereinigung ALBA-TCP gegründete Banco del ALBA sowie die Implementierung der intraregionalen Verrechnungswährung SUCRE. Trotz des fixierten Wechselkurses (1,25 SUCRE = 1 US-Dollar) soll der SUCRE dem intraregionalen Handel eine gewisse Unabhängigkeit bescheiden sowie den Zahlungsverkehr zwischen den ALBA-Mitgliedsstaaten erleichtern und verbilligen. In diesem Kontext konnte sich Venezuela auch längerfristige Verträge und festgesetzte Zahlungsziele für (präferentielle) Öllieferungen an andere ALBA-Mitgliedsstaaten sichern. Diese in eine neue Richtung weisenden Modifikationen der monetären Restriktion haben jedoch bislang aufgrund ihrer geringen Dimensionierung kaum feststellbare Wirkungen auf der Makroebene, sind aber symbolisch bedeutsam.

Ähnliches gilt (derzeit noch) für die Konstitution der ALBA selbst, obwohl diese seit ihrer Gründung im Dezember 2004 bereits eine ansehnliche Entwicklung durchgemacht hat. So galt ALBA ursprünglich als ein in erster Linie „antiimperialistisches“ Gegenprojekt zu der von den USA lancierten, mittlerweile auf Eis gelegten, panamerikanischen Freihandelszone ALCA. ALBA – *ALianza Bolivariana para los pueblos de nuestra América* diene gegenüber *Área de Libre Comercio de las Américas* als origineller Namensgeber für einen bilateralen Kooperations- und Handelsvertrag zwischen den beiden Gründungsstaaten Venezuela und Kuba. In diesem ersten Abkommen sind bereits die heute noch gültigen Grundprinzipien der entstehenden ALBA formuliert, welche den Markt-, Konkurrenz- und Wettbewerbslogiken der ALCA diametral gegenüberstehen und auch politisch-ideologisch in eine eindeutige Richtung weisen. So wird die Errichtung einer „gerechten“ Solidarhandelszone zwischen den mittlerweile acht ALBA-Staaten anvisiert, in welcher die unterschiedlichen Entwicklungsniveaus nicht nur berücksichtigt, sondern durch gemeinsame Struktur- und Konvergenzfonds, wechselseitige Hilfe bei der Armutsverminderung, Produktionsdiversifizierung sowie Präferenz- und Kompensationshandel

langfristig abgebaut werden sollen. Die Mitgliedsstaaten konkurrieren nicht im „freien“ Wettbewerb miteinander, sondern suchen sich gegenseitig ökonomisch zu ergänzen, indem bei entsprechender Möglichkeit die jeweils benötigten Güter und Dienstleistungen zu präferentiellen Konditionen ausgetauscht werden. Um dies zu erreichen, bedienen sich die teilnehmenden Länder intergouvernemental akkordierter zwischenstaatlicher Abkommen, womit der *Staat* und seine Betriebe (bzw. gemeinsame im Aufbau begriffene staatliche Joint-Ventures, sogenannte *empresas gran-nacionales*) die zentrale Rolle im Integrations- und Entwicklungskonzept der ALBA einnehmen (Görgl 2008: 143f). Emir Sader spricht in diesem Zusammenhang vom im Gegensatz zu Ricardo stehenden Prinzip der alle Handelspartner gleichermaßen begünstigenden „kooperativen Nutzenvorteile“, um damit das wirtschaftstheoretische Grundprinzip der ALBA auf den Punkt zu bringen (Sader 2006: 18).

In der Praxis manifestierte sich dies zunächst in dem beispielgebenden Handelsabkommen zwischen Venezuela und Kuba, das für die kubanische Seite präferentielle Öllieferungen samt entsprechendem Know-how und für Venezuela langfristige Lieferverträge zu festgesetzten Preisen beinhaltet. Einen Teil der Ölschuld kann Kuba – aufbauend auf einem Vorgängervertrag aus dem Jahr 2000 – durch die Entsendung seines in ganz Lateinamerika tätigen medizinischen, technischen und lehrenden Fachpersonals in die venezolanischen Barrios begleichen, wodurch abermals beide Seiten Nutzen davontragen. Nach dem Beitritt Boliviens im April 2006 wurden die ALBA-Prinzipien weiter konkretisiert und zusätzliche Vergünstigungen für relativ schwächere Ökonomien geschaffen, die im trilateralen TCP-Vertrag (Tratado de Comercio de los Pueblos) festgehalten sind. Den handelsspezifischen Schutzinteressen Boliviens wird etwa durch die einseitige Abschaffung aller tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse für bolivianische Erzeugnisse seitens Venezuelas und Kubas Rechnung getragen. Ansonsten bleibt der Kern der Handelsverträge derselbe: Venezuela liefert Öl, Kuba Fachpersonal und Bolivien im Gegenzug Erdgas und diverse Agrarprodukte zu jeweils präferentiellen Bedingungen (Harris/Azzi 2006).

Nach dem gleichen Prinzip wurden auch alle nachfolgenden Beitrittsverträge gestrickt: Nicaragua im Jänner 2007, Dominica im Jänner 2008, Ecuador sowie die beiden anglophonen ostkaribischen Inselstaaten St.

Vincent und die Grenadinen und Antigua & Barbuda im Juni 2009. Der intraregionale Handel hat in dieser Zeit in erster Linie zwischen Venezuela und Kuba signifikant zugenommen. So lag der Wert der jeweiligen Exporte 2003 bei ca. 642 Mio. US-Dollar (Venezuela) bzw. 192 Mio. US-Dollar (Kuba) und stieg nach der ALBA-Gründung bis 2006 auf ca. 2,2 Mrd. US-Dollar bzw. 409 Mio. US-Dollar an, womit Venezuela zum wichtigsten Handelspartner Kubas avancierte. Jedoch lässt sich auch ein entscheidender Anstieg im Handel mit und zwischen den jüngeren Mitgliedsländern, die vor ihrem Beitritt wenig bis kaum miteinander im Austausch standen, verzeichnen. So stiegen etwa die Exporte Boliviens Richtung Venezuela von ca. 171 Mio. US-Dollar im Jahr 2005 auf 265 Mio. US-Dollar 2008. Die Exporte Kubas stiegen im gleichen Zeitraum von 0,1 Mio. US-Dollar auf ca. 2,9 Mio. US-Dollar. Nicaraguas Exporte nach Venezuela erhöhten sich von 0,2 Mio. US-Dollar auf 0,4 Mio. im Jahr 2008.

Zumindest im kleineren Bereich scheint ALBA mit ihrem Kooperations- und Solidarhandelskonzept also erkennbare Effekte zu erzielen, auch wenn diese zu einem Großteil auf dem Ölreichtum Venezuelas basieren, welcher ohne Zweifel als „Schmiermittel“ der Integration bezeichnet werden kann. Obwohl ohne Erdöl wohl ein Gutteil des intraregionalen Handels einbrechen würde, lassen sich dennoch einige Projekte der Diversifizierung, etwa im Bereich von Bildung, Gesundheit und Nahrungsmittelversorgung feststellen, die neben dem Energiesektor zusehends an Gewicht gewinnen (ALBA-TCP 2010). Ob sich ALBA dadurch langfristig zu etablieren vermag und auch zu größerer makroökonomischer Bedeutung gelangen wird können, lässt sich derzeit noch genauso wenig abschätzen, wie die Nachhaltigkeit der einzelnen Entwicklungsinitiativen selbst. Doch scheinen weder die eklatanten Größenunterschiede der teilnehmenden Volkswirtschaften noch die intraregionalen Strukturasymmetrien ein funktionales Problem für die Entwicklung der ALBA darzustellen, auch wenn einige gegenläufige Faktoren, wie die parallele Mitgliedschaft Nicaraguas in der Freihandelszone CAFTA, die Dollarisierung Ecuadors oder das Engagement Venezuelas für den MERCOSUR die makroökonomische Relevanz des Projekts schmälern. Im Gegensatz dazu hängt die Stabilität der Vereinigung umso deutlicher von den entsprechenden politischen Umständen ab. Aufgrund der eindeutigen ideologischen Positionierung bieten sich viele Angriffsflächen von außen wie von innen. Potentielle Beitrittskandidaten der Region

schrecken vor einer möglichen Brüskierung der USA und den entsprechenden wirtschaftlichen Konsequenzen zurück oder fürchten eine allzu große Einflussnahme Venezuelas und Kubas, die sich auch indirekt in einer gesellschaftlichen Polarisierung und einer möglichenfalls massiven Anti-ALBA-Opposition äußern könnte. Der besorgniserregende Putsch im Juni 2009 in Honduras, ein ALBA-Mitglied von 2008 bis 2010, muss hier als verhängnisvolles Beispiel angeführt werden, da dieser nicht zuletzt gegen die politisch-ideologische Annäherung an Venezuela und Kuba sowie gegen die damit einhergehende wirtschaftliche Umstrukturierung gerichtet war (El País 2010b). Das Bestehen der ALBA dürfe jedoch vielmehr von demokratischen Wahlprozessen abhängen: Eine Abwahl von Chávez in Venezuela, von Ortega in Nicaragua oder von Morales in Bolivien würde mit großer Wahrscheinlichkeit den sofortigen Austritt des jeweiligen Landes nach sich ziehen und im Fall von Venezuela wohl das Ende der Vereinigung bedeuten. Mit Blick auf die letzten Wahlergebnisse scheint die Legitimation der Bevölkerung in allen Fällen gegeben zu sein, auch wenn die langfristige Unterstützung von den zukünftigen Entwicklungserfolgen der ALBA-Initiativen abhängen wird.

Mittlerweile stellt ALBA-TCP also nicht mehr nur ein Konvolut bi- und multilateraler Handelsabkommen dar, sondern kann als Beispiel einer funktionierenden „Süd-Süd-Kooperation“ angeführt werden. Mit der Einrichtung eines ständigen Koordinationssekretariats sowie der regelmäßigen Minister- und Regierungstreffen hebt sich ALBA institutionell bereits von anderen, eher diffusen Integrations- und Kooperationsplattformen in Lateinamerika ab. Auf monetärer Ebene hat die oben angesprochene Entwicklungsbank Banco del ALBA mit einem Startkapital von 850 Mio. US-Dollar ihre Arbeit aufgenommen, welche unter anderem die gemeinsamen Konvergenzfonds mitfinanzieren (neben den nationalen Zuschüssen) und verwalten sowie die bisher vereinbarten Entwicklungsprojekte (Alphabetisierungskampagnen, Gesundheitsvorsorge etc.) unterstützen soll. Die ersten Überweisungen mit der virtuellen Verrechnungswährung SUCRE wurden ebenso bereits getätigt (ALBA 2010a). Als zumindest symbolisch bedeutsam stellt sich schließlich die stetig voranschreitende Konsolidierung auf höchster Ebene dar. Gemeinsame Standpunkte und politische Positionen gegenüber Internationalen Organisationen (wie UNO, OAS, EU etc.) werden erarbeitet und im Hinblick auf

regionale Bedürfnisse, Konflikte und andere Entwicklungen abgestimmt. Der „Block“ der ALBA-TCP scheint mehr und mehr mit einer politischen Stimme zu sprechen, nicht nur im internationalen, sondern auch im regionalen Kontext. Ein gemeinsamer Entwicklungsweg für alle ALBA-Staaten wurde auf dem neunten Gipfeltreffen im April 2010 ebenso provokant wie einprägsam proklamiert: „die Transition zum Sozialismus“ (ALBA 2010b).

Insgesamt ist bislang festzuhalten, dass die Versuche, die monetäre Restriktion auf nationaler Ebene sowie in ihrer internationalen Dimension zu verändern bei aller Widersprüchlichkeit einen deutlichen Bruch mit orthodoxen Strategien darstellen. Dennoch zeigt sich im Fall von Venezuela deutlich, dass es trotz dieser strukturellen Veränderungen sehr schwierig ist, ein auf Erdöl und damit auf Extraktion basierendes Entwicklungsmodell in Richtung eines stärker produktiven Akkumulationsregimes zu transformieren. Die nach wie vor vorhandene Dominanz der Ressourcenabhängigkeit wurde in der Krise mit dem deutlichen Rückgang der Erdölpreise und in der Folge des BIP sehr deutlich. Die bislang erfolgte markante Umverteilung nach unten und die damit implementierten Ansätze zur Veränderung der produktiven Struktur inklusive einer wichtigen Rolle staatlicher/öffentlicher Unternehmungen kann jedoch als wichtiger Stabilisierungsfaktor gesehen werden. Der Versuch der regulatorischen Eindämmung fiktiver Akkumulationsstrategien stellt sich zwar als heiß umkämpft, in Summe aber als sehr deutlich heraus. Es kann festgehalten werden, dass insgesamt trotz – oder wegen – hoher Inflation ein Entwicklungsregime auszumachen ist, in dem Finanzialisierungsprozesse erheblich eingedämmt und damit verbundene Instabilitäten deutlich reduziert werden. In Ansätzen tragen dazu auch die Maßnahmen zur äußeren Absicherung des Modells im Rahmen von alternativen regionalen Integrationsprojekten bei, die explizite Kooperationen in punkto monetärer Kooperation beinhalten.

3. Schlussfolgerungen

Die analysierten Transformationen der monetären Restriktion sowie der Ausrichtung der Akkumulationsregime sind Ausdruck geänderter globaler Strukturen, die neue Räume für Entwicklungen in Lateinamerika eröffnen. Entgegen einigen Stimmen zum „Linksruck“ in Lateinamerika

zielen die politischen Projekte in der Region jedoch bislang nicht unmittelbar auf die Etablierung post-kapitalistischer Verhältnisse ab. Während Brasilien deutlich Konturen eines sozialdemokratischen Projekts zeigt, scheint die Überwindung des Kapitalismus auch in Venezuela derzeit in weite Ferne gerückt, selbst wenn manche Diskurse, wie zum Beispiel jener über den „Sozialismus des 20. Jahrhunderts“, anderes vermuten lassen. Dennoch ist die geänderte Rolle des Staates nicht nur in sozialen, sondern auch in ökonomischen Belangen sehr deutlich. Einen zentralen Bestandteil dieser heterodoxen Politik stellt ein deutliches Abgehen vom Post-Washington-Konsens im Bereich der monetären Restriktion dar. Dies zeigt sich insbesondere im Fall von Venezuela. Aber auch in Brasilien sind wichtige Ansätze alternativer monetärer Regulation vorhanden. Damit wird deutlich, dass innerhalb des asymmetrischen globalen Währungsregimes markante Abweichungen von der mit dem Dollar-Wall-Street-Regime assoziierten liberalen Ausgestaltung der monetären Restriktion möglich sind.

Wie sich bei der Analyse der beiden Fälle gezeigt hat, kann die Transformation der monetären Restriktion für Entwicklungsstrategien sehr bedeutsam sein. Während in Brasilien eine moderate Modifikation der monetären Restriktion einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung und Stützung einer stärkeren nationalen Orientierung der Akkumulationsdynamik leistet, so stellt sich die Situation in Venezuela vergleichsweise schwieriger dar. Im Unterschied zu Brasilien kann hier nur auf einen schwach ausgebauten Industriesektor gesetzt werden. Überdies ist vor dem Hintergrund der Dominanz des Erdöls für das Entwicklungsregime und des damit verbundenen hohen Wechselkurses die Konkurrenzfähigkeit stark eingeschränkt. Dennoch ist es auch in Venezuela gelungen, finanzialisierte Formen von Akkumulation einzuschränken und produktive Entwicklungsstrategien zu stützen. In beiden Fällen gelang es, Finanzkrisen zu vermeiden. Im Vergleich zu Brasilien erweist sich die Ausgestaltung der monetären Restriktionen in Venezuela als gesellschaftlich äußerst stark umkämpfter Bereich, was sich in zahlreichen Modifikationen spiegelt. Dies hängt wesentlich damit zusammen, dass bislang nur eine partielle Modifikation des Entwicklungsregimes festzustellen ist, und jene Kräfte, die am erdölexportorientierten Modell festhalten, nach wie vor eine zentrale Rolle spielen und entsprechend andersartige Veränderungen der monetären Restriktion massiv bekämpfen.

In beiden Fällen zeigt sich, dass die länderübergreifenden monetären Kooperationsstrategien bislang im Vergleich zu nationalstaatlichen Strategien von deutlich geringerer Bedeutung sind. Jedoch legt die Dominanz von Nord-Süd-Zusammenhängen in Handelsfragen, die in den letzten Jahren wieder deutlich zunehmende Rohstofflastigkeit bei den Exporten und die damit verbundene vergleichsweise geringere – aber wichtiger werdende – regionale Handelsverflechtung Strategien monetärer Kooperation und Koordination enge Schranken auf. Dennoch stellen regionale Integrationsprozesse und damit verbundene Versuche monetärer Kooperation einen wichtigen Schritt zur längerfristigen und breiten Absicherung von nationalen Entwicklungsmodellen und damit zur Delegitimierung des globalen Dollar-Wall-Street-Regimes dar.

- I Dieser Text entstand im Rahmen eines vom OeNB-Jubiläumsfonds unter der Nummer 13621 geförderten Projektes.

Literatur

- ALBA (2010a): Banco del ALBA. <http://www.alianzabolivariana.org/modules.php?name=News&file=article&sid=6310>, 20.12.2010.
- ALBA (2010b): Manifiesto Bicentenario de Caracas. <http://www.alianzabolivariana.org/modules.php?name=News&file=article&sid=6266>, 20.12.2010
- ALBA-TCP (2010): Construyendo una base económica independiente y desarrollada. <http://www.alba-tcp.org/contenido/logros-economicos-del-alba-tcp>, 20.12.2010.
- Banco Central de Venezuela (2011): Información Estadística. Caracas: Banco Central de Venezuela.
- BCB – Banco Central do Brasil (2008): Relatório mensal, Agosto 2008. In: Boletim do BC. <http://www.bcb.gov.br/ftp/histbole/bt-200808p.zip>, 06.12.2010.
- BCB – Banco Central do Brasil (2009): Relatório mensal, Dezembro 2009. In: Boletim do BC. <http://www.bcb.gov.br/ftp/histbole/bt-200912p.zip>, 06.12.2010.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2005): Geld und Legitimität. Monetäre Strategien in Argentinien, Uruguay und Brasilien. In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, 87-III.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard/Weissenbacher, Rudy (2010): Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective. In: *Competition & Change* 14 (3-4), 225-247.

- Boris, Dieter/Schmalz, Stefan (2009): Eine Krise des Übergangs: Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft. In: PROKLA 39 (157), 625-643.
- CEPAL (2009a): Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe 2009. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2009b): Panorama Social de América Latina. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2010a): Panorama Social de América Latina. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2010b): Anuario Estadístico 2009.
- Deos, Simone S. de/Wegner, Rubia C. (2011): Cooperação financeira no Mercosul: Um passo imprescindível para o fortalecimento da integração. In: Boletim de Economia e Política Internacional (05), 73-80.
- El País (2010a): Latinoamérica acuerda un bloque regional sin EE UU. http://www.elpais.com/articulo/internacional/Latinoamerica/acuerda/bloque/regional/EE/UU/elpepuint/20100223elpepuint_1/Tes, 20.12.2010.
- El País (2010b): Honduras sale del bloque de países afines al chavismo. http://www.elpais.com/articulo/internacional/Honduras/sale/bloque/paises/afines/chavismo/elpepiint/20100114elpepiint_8/Tes, 20.12.2010.
- Faria, Luiz Augusto Estrella (2006): Brasiliens Entwicklung in der neuen Weltordnung. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung (67), 37-51.
- Fine, Ben/Lapavistas, Costa/Pincus, Jonathan (Hg., 2001): Development Policy in the 21st Century: Beyond the post-Washington Consensus. London: Routledge.
- FONDEN (2007): Memoria y Cuenta 2006 del Fondo de Desarrollo Nacional FONDEN, S.A. Caracas: FONDEN. http://www.fonden.gob.ve/imagen/descargas/memoria_cuenta_2006.pdf, 20.12.2010.
- Fritz, Barbara (2002): Entwicklung durch wechsellkurs-basierte Stabilisierung? Der Fall Brasilien. Marburg: Metropolis.
- Garcia Banchs, Angel (2010): La política monetaria de los países miembros de la OPEP. In: Nueva Economía 18 (31), 61-82.
- Görgl, Daniel (2008): Revolutionäres Modell ALBA? Entstehungszusammenhang und Konzeption der „Bolivarianischen Alternative für Lateinamerika und die Karibik“. Universität Wien: Diplomarbeit.
- Gowan, Peter (1999): The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance. London: Verso.
- Harris, David/Azzi, Diego (2006): ALBA-Venezuela's answer to „free trade“; the Bolivarian Alternative für the Americas. <http://focusweb.org/pdf/alba-book.pdf, 20.12.2010>.
- Hermann, Jennifer (2010): Development banks in the financial-liberalization era: the case of BNDES in Brazil. In: Revista CEPAL (100), 189-203.
- Instituto Nacional de Estadísticas de Venezuela (2011): Fuerza de Trabajo. Caracas: INE.
- Leubolt, Bernhard (2007): Brasilien – Lula: Sozialdemokratie in der Ära des Liberalismus. In: Berger, Herbert/Gabriel, Leo (Hg.): Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik. Wien: Mandelbaum, 129-160.

- Mander, Benedict (2010): Three's a crowd for exchange rates. In: Financial Times, 30.6.2010.
- Marini, Ruy Mauro (1972): Brazilian Subimperialism. In: Monthly Review 14 (9), 14-24.
- Melcher, Dorothea (1995): La industrialización de Venezuela. In: Economía 20 (10), 47-72.
- Novy, Andreas (2008): Die Rückkehr des Entwicklungsstaates in Brasilien. In: Das Argument 50 (276), 361-373.
- Palacios, Luis Carlos (2009): Venezuela: Ciclo petrolero, regresión institucional y crisis. http://www.pensarenvenezuela.org.ve/publicaciones/luis%20carlos%20palacios/Luis_carlos_Palacios_Ciclo%20petrolero%20y%20deterioro%20instiucional_marzo-2009.pdf, 2.2.2011.
- Petras, James/Veltmeyer, Henry (2010): Neoliberalism and the Dynamics of Capitalist Development in Latin America. http://www.lahaine.org/petras/b2-img/petr_velt7.pdf, 2.2.2011.
- Sader, Emir (2006): Ärzte für Öl. In: Le Monde Diplomatique (deutsche Ausgabe) Nr. 7894, 10.02.2006, 18-19.
- Schmalz, Stefan (2006): Zur Rolle der BRIC-Staaten in der Weltwirtschaft. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung (67), 21-36.
- Schmalz, Stefan (2008): Brasilien in der Weltwirtschaft: Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Soederberg, Susanne (2009): Old promises and new perils: an assessment of the new international financial architecture. In: Journal für Entwicklungspolitik 25 (1), 85-102.
- Souza, André de Mello e/Oliveira, Ivan Tiago Machado/Gonçalves, Samo Sérgio (2010): Mercosul: Assimetrias estruturais em debate. In: Boletim de Economia e Política Internacional (01), 21-24. http://www.ipea.gov.br/sites/000/2/boletim_internacional/100208_boletim_internacional01.pdf, 13.12.2010.
- Toussaint, Eric (2010): Los efectos de una moneda sobrevaluada, seguidos de los provocados por su devaluación. <http://www.rebellion.org/noticia.php?id=108409>, 2.2.2011.
- Weisbrot, Mark/Sandoval, Luis (2007): La economía venezolana en tiempos de Chávez. In: Center for Economic and Policy Research. Washington, DC: CEPR.
- Weisbrot, Mark/Ray, Rebecca/Sandoval, Luis (2009): The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators. Washington, DC: Center for Economic and Policy Research.
- Wilpert, Gregory (2007): Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government. London: Verso.
- World Bank (2010): World Development Indicators. Washington, DC: World Bank.

Abstracts

This article deals with the question of how a change in the arrangement of monetary restrictions can contribute to a more stable and integrative path of economic development in South America. This question is especially significant in the context of the recent financial crisis, during which most South American countries have fared better than in the decade before. We use a regulationist approach as a theoretical framework because it allows us to capture more precisely how the interaction between the integration of peripheral countries into the global financial system and the national and regional monetary cooperation of countries functions. In this context we emphasize the role of cooperative strategies on the regional level and their monetary dimensions. Empirically we focus on two South American countries – Venezuela and Brazil. We analyse to what extent the recent developments in regional integration (via Mercosur and ALBA-TCP, etc.) have changed monetary regulation, as this is seen as decisive in terms of whether countries adopt a more crisis-prone financialized or a more stable productive-oriented development regime. While development regimes in South America have changed in recent years and now tend to be more productive-oriented and thus less susceptible to financial crisis than before, monetary integration is still mostly dealt with on the national scale. Nonetheless, despite the fact that tendencies toward regional monetary integration remain in their early stages, they can still be seen as an increasing delegitimation of the Dollar-Wall Street regime.

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Frage, wie eine Veränderung im Bereich monetärer Restriktionen zu einem stabileren und stärker integrativen Entwicklungsweg in Südamerika beitragen kann. Diese Frage ist besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise von Bedeutung, mit der die meisten Länder in Südamerika besser zurechtkommen als in vorherigen Perioden. Als theoretischer Rahmen wurde ein regulations-theoretischer Zugang gewählt, da dieser es erlaubt, die Wechselwirkungen zwischen der Integration peripherer Länder in das globale Finanzsystem einerseits und der Wirkungsweise nationaler und regionaler monetärer Kooperation einzelner Länder andererseits präzise zu erfassen. In diesem Zusammenhang wird die Rolle von regionalen Kooperationsstrategien und

ihrer monetären Dimension hervorgehoben. Empirisch liegt der Fokus auf den zwei südamerikanischen Ländern Brasilien und Venezuela. Analysiert wird, in welchem Ausmaß aktuelle Entwicklungen regionaler Integration (via Mercosur, ALBA-TCP etc.) die monetäre Regulation verändert haben, insofern eine solche Veränderung als entscheidend für die Einführung entweder eines finanzialisierten, stärker krisenanfälligen oder eines stabileren, auf Produktion ausgerichteten Entwicklungsmodells angesehen wird. Feststellbar ist dabei einerseits ein Wandel hin zu stärker produktiv ausgerichteten Strukturen, wodurch die Entwicklungsmodelle weniger krisenanfällig als zuvor sind. Andererseits aber bleiben Veränderungen der monetären Regulation zumeist noch der nationalstaatlichen Ebene verhaftet. Auch wenn sich diese Tendenzen noch in einem Anfangsstadium befinden, können die Zunahme regionaler Integrationsprozesse und die Versuche monetärer Kooperation als ein Zeichen der zunehmenden Delegitimierung des Dollar-Wall-Street-Regimes gedeutet werden.

Daniel Görgl
Institut für Internationale Entwicklung
Sensengasse 3/2/2
A-1090 Wien
daniel.goergl@univie.ac.at

Karen Imhof, Johannes Jäger, Bernhard Leubolt
Fachhochschule des bfi Wien
Wohlmutterstraße 22
A-1020 Wien
johannes.jaeger@fh-vie.ac.at, leu@gmx.at, karen.imhof@univie.ac.at